

10 Anfragen (schriftlich)

10.1 Gedenktafeln am Gebäude Murgasse 5 (GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) Braunersreuther, KPÖ)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

am 8. Mai dieses Jahres jährt sich die Befreiung der Stadt Graz vom NS-Regime zum 75. Mal. In diesem Zusammenhang ist das Gebäude Murgasse 5, welches lange Zeit den Hauptsitz der Firma „Moden Müller“ beheimatete, von Interesse. Was nur wenige Leute wissen: Die Kellerräume des Gebäudes haben während der NS-Zeit als geheimer Treffpunkt der überparteilichen Widerstandsorganisation „Steirische Kampfgruppe“ gedient. So spielt das Haus in der Murgasse im Zusammenhang mit der Befreiung der steirischen Landeshauptstadt 1945 eine besondere Bedeutung. Die Besitzerfamilie Müller-Mezin hielt nämlich Distanz zu den Nazis. Bereits im Spätherbst 1944 war rund um den Kommunisten Ferdinand Kosmus und um Hans Müller, den Sohn des Besitzers des Kaufhauses „Moden Müller“, die „Steirische Kampfgemeinschaft“ gegründet worden. Dieser Gruppe gelang es, bis ins Frühjahr 1945 einerseits eine Reihe von Verbindungen in die großen Grazer Betriebe herzustellen und andererseits wichtige Verbindungen ins Polizeirevier und zum Wehrbezirkskommando aufzubauen, von wo aus auch Ausweispapiere organisiert wurden, mit denen Fahnenflüchtige versorgt werden konnten. Die Gruppe war auch dafür verantwortlich, dass die Brücken über die Mur nicht - wie vorgesehen - vor der näher rückenden Roten Armee gesprengt wurden. Bedeutung kam der Kampfgemeinschaft zudem in den ersten Stunden der neuen Freiheit zu, als sie die noch inhaftierten politischen Häftlinge befreite und sich in den Dienst einer ersten Polizei stellte. Gleichzeitig übernahmen Mitglieder dieser Gruppe in verschiedenen Grazer Betrieben kurz vor Kriegsende die Macht und sicherten sie vor Zerstörungen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgende

Anfrage:

Sind Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, bereit, anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung Österreichs mit den Eigentümern des Hauses in Kontakt zu treten, um eine Anbringung zweier Gedenktafeln, welche an die NS-Widerstandsgruppe erinnert, am Vorder- und Hintereingang zu forcieren?

Die Anfrage wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.2 BlueFox-Sicherheitssystem in der Auster reaktivieren
(GRⁱⁿ Heinrichs, KPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

im Rahmen der letzten Behindertenbeiratssitzung am 27. November 2019 wurde u.a. das Thema „Sensor zur Erkennung von Ertrinkenden“ seitens der Vertretung der „Epilepsie-Interessensgemeinschaft Österreich“ zur Sprache gebracht.

Laut meiner Informationen wurde im Jahr 2009 das sogenannte BlueFox-Sicherheitssystem einer Schweizer Firma im neuen Auster-Bad in Graz Eggenberg installiert.

Mittels Armbandcomputer überwacht das Sicherheitssystem permanent gefährdete oder behinderte Schwimmer und Schwimmerinnen (herzkranken PatientInnen, an Morbus Parkinson Erkrankte sowie EpileptikerInnen etc.). Die kranken und behinderten Badegäste, aber auch deren Begleitpersonen (selbst eine kurze Phase der Ablenkung kann schwerwiegende Folgen nach sich ziehen) gewinnen durch Anwendung der Sensoren mehr Sicherheit und Lebensqualität beim freien

Schwimmen, was für die PatientInnen eine deutliche Erleichterung beim Ertragen ihrer schweren Erkrankungen bedeutet.

Seit Anfang Juni 2018 ist des Sicherheitssystems in der Auster jedoch leider nicht mehr in Betrieb. Laut Recherchen bei der Holding Graz Freizeitbetriebe liegen die Ursachen dafür u.a. im technischen und im Wartungsbereich. Es scheint seit geraumer Zeit auch ein Problem personeller Ressourcen zu geben. Den Recherchen zufolge wird ein neu entwickeltes Sicherheitsarmband (Type BlueFox ST1) angeboten, welches autonom und ohne die Installation von Beckensensoren arbeitet.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Bis wann könnte die Auster in Eggenberg wieder mit einem dem neuesten Stand der Technik entsprechenden Sicherheitssystem aufgewertet und ausgerüstet sein?

Die Anfrage wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.3 Paketzentren
(GRⁱⁿ Mag.^a Bauer, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Online-Handel nimmt stetig zu – damit aber auch der Stress für die Paketzusteller und manchmal auch der Unmut über die Paketzustellungen. Wenn man gerade mal nicht zu Hause ist, werden manchmal Pakete über den Zaun geworfen oder in Stiegenhäusern deponiert, oder sie sind irgendwo manchmal weit weg bei

Vertragspartnern der jeweiligen Zustellerfirmen abzuholen. Daher ist der Ausbau von wohnungsnahen Paketzentren, wie von A1 im Außenbereich des Campus Neue Technik unweit der 6er-Bimhaltestelle im Versuchsstadium betrieben, durchaus interessant. Bis zum Jahresende sollen hier unter anderem die positiven Effekte des Systems auf Umwelt, Verkehr und das Mobilitätsverhalten untersucht werden, so Medienberichte. Ziel ist es, diese Stationen in ganz Graz, etwa in den Neubaugebieten Reininghaus und Smart City, aufzustellen. Für eine flächendeckende Versorgung mit der Infrastruktur „Paketzentren“ werden natürlich die Kosten ausschlaggebend sein – dies bspw. auch in Hinblick darauf, ob solche Paketzentren etwa im Umfeld von Gemeindewohnbauten bzw. Genossenschaftswohnungen oder Geschoßwohnbauten errichtet werden. Die Frage ist, wer die Aufstellung der Boxen genehmigt, bezahlt, wie die Wartung finanziert wird, etc. Was nämlich nicht passieren darf ist, dass diese Form der neuen Infrastruktur in letzter Konsequenz, weil etwa im Siedlungsbereich Flächen in Anspruch genommen werden, generell unter die Rubrik „Betriebskosten“ fallen und somit die Wohnkosten erhöhen – und nicht alle BewohnerInnen nutzen Online-Handel gleichermaßen, und somit wäre es auch nicht akzeptabel, dass alle für die Bereitstellung der erforderlichen Infrastruktur, die die Logistikkonzerne nutzen können, zur Kasse gebeten werden.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher die

Anfrage:

Gibt es in Zusammenhang mit dem Projekt „Paketzentren“ bereits Überlegungen oder Sondierungsgespräche:

1. ob und wie solche Paketzentren im Geschoßwohnbau zur Anwendung kommen sollen bzw. können,
2. inwieweit solche Systeme für städtische Siedlungen/Übertragungswohnbauten zweckmäßig und sinnvoll sind,
3. welche Kosten für wen (BewohnerInnen/Stadt/Zustellunternehmen) anfallen,
4. wie die Finanzierung und Flächenvorsorge aussehen könnte,

5. inwieweit die BewohnerInnen in die Entscheidungsfindung miteinbezogen werden und
6. wer in letzter Konsequenz die Entscheidung betreffend solche Paketzentren im Gemeindebau und Übertragungswohnbau trifft.

Die Anfrage wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.4 Umfassendes Maßnahmenpaket für bessere Mülltrennung in Grazer Siedlungen (GRⁱⁿ Mag.^a Bauer, SPÖ)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Bereiche Abfallvermeidung und Mülltrennung sind Themenfelder, die zu Recht permanent im Blickpunkt stehen: Geht es doch einerseits um eine vernünftige Nutzung von Ressourcen und um Fragen der Nachhaltigkeit, andererseits aber auch schlicht und einfach um sehr viel Geld. Was aber leider auch immer wieder auffällt: Das Trennverhalten ist stark verbesserungswürdig. Soll heißen: Die Fehlwürfe der Österreicherinnen und Österreicher – und die GrazerInnen sind da keine Ausnahme – sind leider immer noch extrem hoch, ja, die Trennquote verschlechtert sich zum Teil sogar.

In vielen österreichischen Städten wurden deshalb in den vergangenen Jahren teils höchst unterschiedliche Modelle speziell in Hinblick auf die Mülltrennung gestartet, um über Informationskampagnen, mit Hilfe von Beteiligungsprojekten oder ähnlichen Initiativen neuen Schwung in die Thematik zu bringen. Was ja auch durchaus Erfolge zeitigt. Nicht zuletzt deshalb habe ich bereits im Mai 2016 in einem Dringlichkeitsantrag vorgeschlagen, auch in Graz alle zuständigen städtischen Abteilungen zu beauftragen, unter Federführung des Umweltamtes Modelle zur besseren Trennung des Abfalles in Siedlungen zu entwickeln. Leider wurde dieser Dringlichkeitsantrag damals von einer Gemeinderatsmehrheit abgelehnt.

Und das, obwohl Ihre jüngsten Aussagen in einem aktuellen Interview zeigen, dass in Sachen Müllvermeidung und Abfalltrennung in Graz sehr wohl großer Handlungsbedarf besteht, dass das Ausmaß der Fehlwürfe alarmierend ist. Allerdings stellt Ihr Ansatz für viele ExpertInnen nicht wirklich einen zielführenden Weg dar: Primär mit Strafen auf Fehlwürfe reagieren zu wollen, lässt befürchten, dass sich in Siedlungen über kurz oder lang eine Welle an gegenseitigen Verdächtigungen, Vorwürfen und Anzeigen entwickeln könnte, was für das Zusammenleben und Miteinander nicht gerade förderlich wäre.

Demgegenüber wäre es weit effektiver, ein breites Maßnahmenpaket zu entwickeln, das sowohl in Sachen Information als auch bei der Müllsammlung selbst ansetzt. Daher stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion die

Anfrage:

Sind Sie bereit, im Sinne des Motivenberichtes in Hinblick auf eine Effizienzsteigerung bei der Müllvermeidung wie auch bei der Abfalltrennung ein Maßnahmenpaket entwickeln zu lassen, das unter anderem folgende Eckpunkte vorsieht:

1. vermehrter Einsatz von AbfallberaterInnen - der derzeitige Personalstand von zwei AbfallberaterInnen ist für eine wachsende Stadt wie Graz mit derart vielen neuen Siedlungen eindeutig zu wenig;
2. Intensivierung der Informationsarbeit in Richtung BewohnerInnen, um noch deutlicher ersichtlich zu machen, welcher Abfall wohin gehört, wobei ein solches Abfall-ABC aufgrund der Multikulturalität speziell in Siedlungen unbedingt auch in Form von Piktogrammen zu erfolgen hat;
3. zusätzlich zum bestehenden Sammelzentrum Sturzgasse und zu einem in Überlegung befindlichen Sammelzentrum im Grazer Norden sollte unbedingt auch der Ausbau von dezentralen Sammelstellen oder auch mobilen Sammlungen in Betracht gezogen werden: Die wenigsten GrazerInnen, die über keinen eigenen Pkw verfügen, werden ihren Fetty-Kübel mit Altspeiseöl oder den Sperrmüll per Bus, Straßenbahn oder per Fahrrad entsorgen wollen; und

die Zahl derer, die über keinen eigenen Pkw verfügt, wird - wenn alle Prognosen von Fachleuten stimmen – im städtischen Bereich sukzessive steigen.

Die Anfrage wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.5 Freikirche Augasse AnrainerInnenbeschwerden (GR Ehmman, SPÖ)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Seit mittlerweile mehr als fünf Jahren ist in der Augasse in Gösting in einem ehemaligen Geschäftslokal inmitten einer Siedlung eine sogenannte Freikirche angesiedelt. Und fast ebenso lange gibt es seitens der BewohnerInnen der Siedlung zum Teil massive Beschwerden wegen der Lärmbelästigung durch diese Freikirche; und zwar auch und ganz speziell an Sonn- und Feiertagen wegen lauten Trommeln, Singens und Lautsprechermusik, und das bisweilen stundenlang. Alle Versuche einer gütlichen Einigung wie auch einer Absiedelung der Freikirche mitten aus dem Wohngebiet sind bislang gescheitert, im Sommer des Vorjahres wurde von den AnrainerInnen als gleichsam letzter Hilferuf sogar schon die Volksanwaltschaft eingeschaltet. Ein Punkt, der AnrainerInnen wie auch Bezirkspolitik seit Jahr und Tag auch beschäftigt, ist die Frage der Zuständigkeit. Der jüngste Akt in dieser Causa: Seitens der Bezirks-FPÖ wurde vor wenigen Tagen Bürgermeister Nagl auf das Schärfste attackiert, es wurde ihm nicht nur Desinteresse vorgeworfen, sondern ihm auch unterstellt, dass ein an ihn adressiertes Schriftstück der Volksanwaltschaft trotz mehrmaliger Urgenz von ihm unbeantwortet geblieben sei. Die Reaktion folgte auf dem Fuße: Das Büro des Bürgermeisters verlautete postwendend, die Zuständigkeit liege nicht beim Bürgermeister, sondern bei Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Mario Eustacchio, weil für die Baubehörde ressortverantwortlich.

Ein solches Ping-Pong-Spiel ob der Zuständigkeit mag zwar in politischen Zirkeln für Erheiterung sorgen, die betroffenen AnrainerInnen dürften sich aber – gelinde gesagt – nicht ernst genommen vorkommen: Für sie ist es keine Lösung, dass das Problem zwischen den beiden Regierungsparteien gleichsam wie eine heiße Kartoffel hin- und hergeschoben wird, sie warten auf Verbesserungen. Sprich: Sie warten auf Klarheit, wer zuständig ist, an wen sie sich wenden können, wer ihnen bei dieser Problemstellung endlich hilft.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, betreffend die Afrika-Freikirche „Beautiful Gate Christian Church“ in der Augasse nachfolgende

Anfrage:

1. In wessen Ressortverantwortung fiel bzw. fällt die „Genehmigung“ der Afrika-Freikirche „Beautiful Gate Christian Church“ in der Augasse bzw. bedarf eine Freikirche zur Ausübung ihrer Tätigkeit überhaupt einer Genehmigung und wenn ja, welcher Art?
2. Gibt es für einen Verein/eine Freikirche Auflagen, die mit der Immissionsschutzverordnung betreffend Lärm an Sonn- und Feiertagen in Haus und Gärten vergleichbar sind und wenn ja, in wessen Ressortverantwortung fallen diese bzw. besteht die Möglichkeit, im Zuge von Genehmigungsverfahren solche Beschränkungen festzulegen?
3. Inwieweit ist die laut Kleine Zeitung bei einer Bürgerversammlung im Sommer 2017 von den Klubobleuten Daniela Gmeinbauer (ÖVP) und Armin Sippel (FPÖ) angekündigte Suche nach einem Ersatzstandort für die Freikirche gediehen?

Die Anfrage wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.6 Sicherheit bei Cyberangriffen
(GR Swatek, NEOS)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nagl,

Anfang dieses Monats teilte das Österreichische Außenministerium der Bevölkerung mit, dass es einen massiven Cyberangriff auf die IT-Infrastruktur des Ministeriums gegeben habe. Aufgrund der Professionalität, der Größe und der Intensität des Angriffs sei laut Sicherheitsexperten zweifelsfrei davon auszugehen, dass es sich um einen staatlichen Angriff handle. Auch wenn man seitens des Ministeriums angibt, dass es zu keinerlei Datendiebstahl gekommen wäre, sind weder Reichweite noch Folgen des Angriffes genau bekannt. Dieser Vorfall zeigt uns aber deutlich die stetige Gefahr, welcher die staatliche Infrastruktur ausgesetzt ist bzw. sein kann. Im 21. Jhdt. inkludiert Sicherheit stets auch die Sicherheit der staatlichen IT-Infrastruktur. Sowohl die Sicherheit der IT-Infrastruktur als auch jene der Daten von Bürgerinnen und Bürgern sicherzustellen, ist aufgrund begrenzter finanzieller Ressourcen besonders für Kommunen eine schwierige Herausforderung.

Daher stelle ich folgende

Anfrage:

- 1) Wie schauen die personellen und finanziellen Ressourcen der Stadt Graz in den letzten fünf Jahren im Bereich der Cyberabwehr aus?
- 2) Welche nennenswerten Angriffe auf Einrichtungen der Stadt hat es seit Jänner 2015 gegeben?
- 3) Gab es in Graz innerhalb dieses Zeitraums Angriffe, die auf staatliche Akteure zurückzuführen waren oder bei denen Staaten als Angreifer vermutet wurden?

- 4) Ist geplant, die Sicherheitsmaßnahmen in Graz angesichts des jüngsten Angriffes zu verstärken?
- 5) Gibt es einen konkreten Kooperationsplan zwischen Stadt und Bund im Falle eines schwerwiegenden Angriffes auf die Grazer Stadtsysteme?
- 6) Welche Maßnahmen sind geplant, um die Bevölkerung über die Gefahr von Cyberattacken und ihre Folgen zu informieren?

Die Anfrage wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.